

DETMOLDER AKZENTE

NACHRICHTEN AUS DETMOLD - AUSGABE APRIL 2021

Verkehrswende: Ja ICE-Trasse: Nein

SPD-Abgeordneter Jürgen Berghahn befürwortet den Ausbau des Schienenverkehrs: „Statt milliardenteure ICE-Strecke aber lieber Begalbahnhof reaktivieren.“ – Mehr auf Seite 3



SPD pflegt Streuobstwiese

Kommunalpolitik heißt oft auch tatkräftiges Anpacken – Mehr auf Seite 2

Detmolds Zukunft gestalten

Aktuelle Initiativen der SPD-Ratsfraktion zur Familienfreundlichkeit und Nachhaltigkeit – Mehr auf Seite 4

Liebe Detmolder*innen!



„Das schönste am Frühling ist, dass er immer dann kommt, wenn man ihn am meisten braucht.“ Dieser Satz von Jean Paul stimmt gerade in diesem Jahr. Wir haben nach einem Jahr Pandemie alle ein paar Sonnenstrahlen verdient.

Auch die politische Arbeit musste sich anpassen. Wir haben einen kontaktarmen und dennoch zugewandten Kommunalwahlkampf geführt und sie haben die SPD zur stärksten Kraft in Detmold und Lippe gemacht.

Dafür sagen wir: Danke!

Voll Elan haben wir seitdem unsere Ideen auf den Weg gebracht.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ihre
Ilka Kottmann

SPD spendet Masken an Detmolder Tafel

Medizinische Masken müssen in Supermärkten, Arztpraxen oder Bussen benutzt werden. FFP2-Masken sind für viele Menschen mit kleinem Geldbeutel eine teure Angelegenheit. Um auf dieses Problem für bedürftige Menschen aufmerksam zu machen, haben der SPD-Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer und der SPD-Stadtverband Detmold Masken an die Detmolder Tafel gespendet.

Gemeinsam mit SPD-Kassierer Wolfgang Schriegel überbrachte Maelzer FFP2-Masken an die Vorsitzende Elisabeth Stückemann. Christian Schmidt von der Medicum Apotheke hatte die Masken zu einem vergünstigten Preis bereitgestellt.

Inzwischen vergibt der Bund kostenlose FFP2-Masken an Bedürftige: „Das ist eine gute Initiative von Arbeitsminister Hubertus Heil für den Corona-Schutz“, erklärt Wolfgang Schriegel und Dennis Maelzer von der SPD Detmold.

Jürgen Berghahn will in Berlin die Zukunft mitgestalten

Er ist bekannt wie kaum ein anderer, hat sich oft auch um Detmolder Angelegenheiten gekümmert. Im Interview hier:



Sach ma Jürgen, was steht am ersten Juliwochenende in Deinem Kalender?

Jürgen Berghahn (schmunzelt): Das Blomberger Schützenfest natürlich. Aber ich befürchte leider, dass wir wegen der Corona-Pandemie nicht feiern können.

Wie erlebst Du die Menschen in der Corona-Krise?

Berghahn: Neben dem Verzicht auf soziale Kontakte und Freizeitangebote: Was den Bürger*innen abverlangt wurde und wird, ist schon enorm. Familien sind erschöpft, etliche bangen um ihre Arbeitsplätze und ihre wirtschaftliche Existenz. Dazu kommt das Impfchaos. Da steigt die Verärgerung und das ist auch nachvollziehbar.

Wie geht ihr im Landtag mit den Sorgen und Nöten der Menschen um?

Berghahn: Die SPD hat zig Anträge gestellt, um finanzielle Hilfe nicht nur ausgewählten, sondern allen Branchen zukommen zu lassen. Nur ein Beispiel sind da die Schausteller oder die Eventfirmen. Die haben nichts, seit Monaten. Wir haben schon letztes Jahr den konsequenten Einsatz von Tests vorgeschlagen, um den Menschen eine Öffnungsperspektive bieten zu können. Doch die Landesregierung liefert nicht.

Nun hast Du Dich dazu entschlossen, den Schritt von Düsseldorf nach Berlin zu wagen und für den Bundestag zu kandidieren. Warum, gefällt es Dir am Rhein nicht mehr?

Berghahn (lacht): Wegen der guten Berliner Currywurst will ich da hin. Nein, Spaß beiseite. Seitdem ich dem Landtag angehöre, habe ich Lippe immer mit Herzblut und Leidenschaft vertreten. In der Corona-Pandemie haben wir aber deutlich gemerkt, wo die

Grenzen der Landespolitik liegen und dass die entscheidenden Weichen in Berlin gestellt werden. Nur ein Beispiel ist die Gesetzgebung bei der Arbeit von Jugendämtern oder beim Kinderschutz. Hier kann ich meine Erfahrung aus dem Untersuchungsausschuss einbringen und die Zukunft mitgestalten.

Derzeit sieht es so aus, als sei die Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum sexuellen Missbrauch von Kindern noch lange nicht vorbei?

Berghahn: Das ist leider so. Als wären die Verbrechen von Lügde nicht schon schlimm genug, hat der Untersuchungsausschuss ja immer neue, schockierende Dinge zutage befördert. Was mich neben den abscheulichen Taten wirklich entsetzt, ist die Mauer des Schweigens und Vergessens, auf die wir teilweise stoßen.

Was sind Deine Lehren und Erkenntnisse, die Du bisher aus dem PUA gezogen hast?

Berghahn: Wir brauchen neben einem besseren Kinder- und Jugendschutz auch strukturelle Veränderungen in den Jugendämtern und in den Behörden, um solche Verbrechen schneller aufzudecken. Die Kommunikation zwischen den einzelnen Stellen, Jugendämtern, Polizei, Schulen und Kitas muss verbessert werden. Und: wir alle müssen unserer Antennen schärfen, hinschauen und handeln, wenn wir einen Verdacht haben. Den Tätern von Lügde wurde es jahrelang viel zu einfach gemacht.

Wo siehst Du außerdem Deine Schwerpunkte im Bundestag?

Berghahn: In der Verkehrs-, der Umweltpolitik und der Sozialpolitik. Zur Verkehrswende ge-

hört beispielsweise ein attraktiver ÖPNV, der Bahnverkehre, den Radverkehr und Bürgerbusse zusammen denkt. Mehr soziale Gerechtigkeit.

Wie kann so etwas gelingen?

Berghahn: Indem wir die Mobilität vor Ort stärken, heißt: Radwege ausbauen, die E-Mobilität fördern, Anreize zum Umsteigen auf Bus und Bahn schaffen, indem wir regionale Verkehrsprojekte wie die Reaktivierung der Begalbahnhofsbahn.

So etwas ist viel sinnvoller als der Neubau einer ICE-Trasse zwischen Bielefeld und Hannover, die große Auswirkungen für Anwohner und auch die Umwelt hätte. Und die müssen wir schützen.

Was meinst Du konkret?

Berghahn: Eine Verkehrswende wäre ja ein Schritt zum Klimaschutz. Ein weiterer ist es, die Energiewende voranzutreiben. Dabei steht unter anderem der Ausbau der erneuerbaren Energie im Fokus. Und in dem Bezug ist beispielsweise die in NRW geplante 1000-Meter-Abstandsregel von Windkraftanlagen zu Wohnhäusern ein Verhinderungsgesetz. So wird das nämlich nichts mit der Energiewende.

Letzte Frage: Worauf freust Du Dich am meisten, wenn die Pandemie überwunden ist?

Berghahn: Endlich wieder Menschen treffen zu können, mit ihnen zu reden, sich auszutauschen und auf Veranstaltungen wie zum Beispiel das Blomberger Schützenfest gehen zu können und zu feiern. Ich bin ein absoluter Vereinsmensch. Das Gesellige fehlt mir wie so vielen anderen Ehrenamtlichen sehr.

Hermann, the German 2021: reloaded

Selbst Bandel hätte sich da verwundert die Augen gerieben. Die entstehende Erlebniswelt am Denkmal lockt mit digitalen Attraktionen: ein 360°-Kino sowie Virtual und Augmented Reality wird die Besucher*innen völlig begeistern.

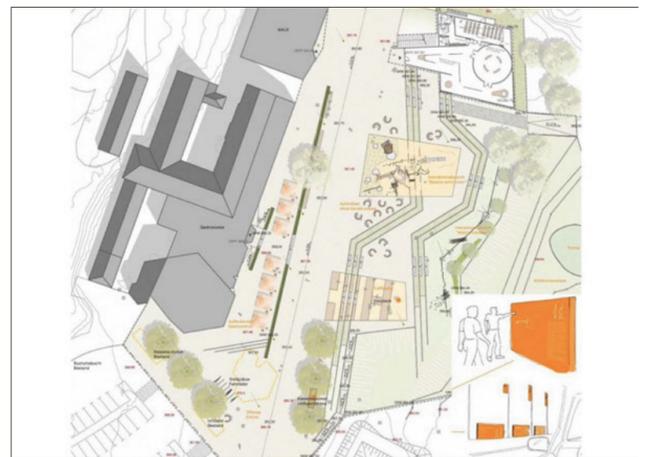
Da hat sich der Landesverband Lippe mächtig ins Zeug gelegt: innerhalb von wenigen Jahren werden zwei Infrastrukturprojekte zur Attraktivierung und Weiterentwicklung des Areals um das Hermannsdenkmal realisiert.

Die Erlebniswelt ist Kern des Konzepts. Hier stellt das 360°-Kino ein hochwertiges Edutainment-Angebot dar und wird Ankerpunkt für den Einsatz von Virtual und Augmented Reality werden.

Der Erlebnispark umfasst das gesamte Areal zwischen dem Parkplatz und dem Bismarckstein. Hier wird gebaggert, terrassiert und Wege neu gestaltet. Die Besucher*innen werden durch Fokusachsen zu den Attraktionen geführt, die Willkommenssituation am Denkmal wird ebenfalls verbessert. Das Gesamtvolumen des Pro-

jekts Erlebniswelt beträgt 2,3 Mio. Euro, das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen fördert davon 80% – rund 1,84 Mio. Euro. Der Eigenanteil des Landesverbandes Lippe beträgt 500.000 Euro. Den Förderbescheid erhielt der Landesverband Lippe im Dezember 2018, Baubeginn war im Jahr 2019.

Der Erlebnispark wird ebenso durch das Land NRW (das gleiche Ministerium) mit 80% der Kosten gefördert, hier trägt die Summe ca. 2,11 Mio. Euro. Der Förderbescheid wurde von Regierungspräsidentin Judith Pirscher im Januar 2020 überreicht. Der Landesverband Lippe steuert natürlich auch hier seinen Eigenanteil bei, da kommen ca. 550.000 Euro zusammen.



Im Gespräch

Digitaler Kita-Austausch

Die Kitas und Tagespflegereinrichtungen in NRW gleichen derzeit einem Schiff auf hoher See. Das Problem: Anstatt eines erfahrenen Kapitäns steht da eine Landesregierung am Ruder, die auf dem Weg in den sicheren Hafen noch immer ihren Kompass sucht.

„Viele Maßnahmen, die Kitas und Tagespflege in der Pandemie vorgegeben werden, funktionieren nicht“, sagt der Detmolder SPD-Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer. Dazu hat er sich in einer digitalen Konferenz mit Erzieherinnen und Erziehern aus Lippe ausgetauscht. Ein Kritikpunkt ist die fehlerhafte Teststrategie. Da NRW keine mobilen Teams einsetzt, können sich Erzieher*innen zumeist nur in Arztpraxen testen lassen. „Diese

Möglichkeit wird aber kaum in Anspruch genommen, weil sie in die Arbeitszeit der Erzieher*innen fällt“, kritisiert Maelzer, familienpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Nächste Baustelle ist die Impfung des Kita- und Tagespflegepersonals. War diese gerade erst angelaufen, droht sie durch die Debatte um den AstraZeneca-Impfstoff nun wieder abgewürgt zu werden. Eine Impfstrategie ist bisher genau so wenig in Sicht wie Tests für Kinder. Stattdessen sollen für die Beschäftigten Selbsttests angeschafft werden. Startzeitpunkt: unklar. „Die Landesregierung gibt kein gutes Bild ab und lässt die Erzieher*innen mit vielen Fragen allein“, kritisiert Familienpolitiker Maelzer.



„Ein erster Schritt in die richtige Richtung“

Landtagsabgeordneter Dennis Maelzer freut sich über erste Hilfen für Brauereien.

Kreis Lippe. Die Situation vieler mittelständischer Brauereien ist dramatisch, da ihnen in der Corona-Krise der Fassbierabsatz weggebrochen ist. Nun können Brauereien für ihre angeschlossenen Gaststätten Corona-Soforthilfe beantragen. „Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung“, freut sich der Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer aus Detmold.

Durch ausgefallene Veranstaltungen und geschlossene Restaurants bleiben viele Bierhersteller derzeit auf ihren Fassern sitzen. Dass trifft insbesondere die kleinen, regional verankerten Brauereien hart.

Um die örtlichen Bierbrauereien zu unterstützen und Arbeits-

plätze zu sichern, hatte die SPD im Landtag gefordert, die Mittelständler von der Biersteuer zu befreien. „Leider hat sich die CDU dazu bislang nur sehr zurückhaltend gezeigt“, bedauert Maelzer.

Parallel waren auch SPD-Bundestagsabgeordnete wie Achim Post aus Minden-Lübbecke in Berlin aktiv geworden – mit Erfolg. Unternehmen wie Brauereien mit eigenen Gaststätten können nun auch Corona-Soforthilfe beantragen.

„Das ist ein erstes gutes Zeichen. Wir werden auf Landesebene aber an unserer Forderung dranbleiben“, sagt Maelzer.

Vergiftetes Geldgeschenk des Landes

Die Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Jürgen Berghahn und Dennis Maelzer fordern von der Landesregierung eine echte finanzielle Unterstützung für die Kommunen.

Kreis Lippe. Einbrechende Steuereinnahmen bei Bund und Land durch die Corona-Pandemie wirken sich auch auf die Finanzmittel für die Städte und Gemeinden in Lippe aus. Kurzfristig hat das Land die fehlende Summe der Kommunen in NRW zwar aufgestockt, langfristig bedeutet das allerdings neue Schulden in Millionenhöhe für die lippischen Städte und Gemeinden, kritisieren die SPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Berghahn, Dennis Maelzer und Ellen Stock das Vorgehen.

„Viele Städte und Gemeinden haben eh schon mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Sie bekommen immer mehr Aufgaben von Land und Bund aufs Auge gedrückt, ohne dass diese ausreichend gegenfinanziert werden“, erklären Stock, Berghahn und Maelzer. Dies sei einer der Hauptgründe, warum so viele Kommunen in NRW tief in den roten Zahlen stecken. Denn die Steuereinnahmen, die ihnen zur Verfügung stehen bzw. die Zuweisungen, die sie vom Land bekommen, deckten in vielen

Fällen nicht die fixen Ausgaben der Städte und Gemeinden. Und die Pandemie dürfte diese Lage noch verschlimmern. „Welche Folgen allein die Corona-Krise für die Städte und Gemeinden haben wird, ist noch gar nicht abzusehen“, sagten die lippischen Landtagsabgeordneten. Doch anstatt den Kommunen finanziell zur Seite zu springen, geht die schwarz-gelbe Landesregierung einen anderen Weg.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat das sogenannte Gemeindefinanzierungsgesetz 2021 lediglich um ein Kreditvolumen in Höhe von rund 943 Millionen Euro erhöht. Diese Summe haben die Städte und Gemeinden somit zukünftig dem Land zurückzahlen. Im Gemeindefinanzierungsgesetz ist generell geregelt, wie viele Gelder die Kommunen im Jahr vom Land erhalten. „Leider haben sich CDU und FDP dafür entschieden, den Kommunen ein vergiftetes Geschenk zu machen“, beschreiben die SPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Berghahn, Dr. Dennis Maelzer

und Ellen Stock die Entscheidung des Landtags. „Anstatt den Kommunen die Steuerausfälle aus dem NRW-Rettungsschirm auszugleichen, bekommen sie lediglich neue Schulden aufgebürdet“, so Jürgen Berghahn weiter. Sie fordern „echtes Geld“ und keine Kredite.

„Konkret drücken CDU und FDP dem Kreis Lippe insgesamt über 14 Millionen Euro neue zusätzliche Schulden aufs Auge. Als SPD-Fraktion haben wir uns für echte Finanzhilfen und nicht für weitere Schulden ausgesprochen“, zeigt sich Jürgen Berghahn enttäuscht. Denn die finanziellen Folgen für Städte und Gemeinden könnten dramatisch sein. Im Schlimmsten Fall gehe eine angespannte Haushaltslage immer zulasten von sogenannten freiwilligen Leistungen einer Kommune. Dazu zählten etwa Angebote wie Büchereien, Schwimmbäder usw., was schlimmstenfalls reduziert oder wegfallen könnte. Daher bräuchten die Kommunen eine echte finanzielle Hilfe seitens des Landes NRW und keine

neuen Kredite, die sie abzubezahlen haben. Die lippischen Rathäuser müssten sich ja auch auf die Zeit nach Corona einstellen und die Finanzsituation sei dann vermutlich noch schlechter als heute.

„Der Rettungsschirm des Landes bietet dafür die rechtliche Grundlage und Möglichkeit. Die Landesregierung und die CDU/FDP-Mehrheit betätigen sich hingegen lieber als Schuldentreiber unserer Kommunen“, kommentiert er das Vorgehen. Ideen oder ein wirkliches Bemühen der Landesregierung, ihnen wirklich zu helfen, sei nicht zu erkennen. Auch für Städte und Gemeinden in Lippe hat das neue Gemeindefinanzierungsgesetz seine Auswirkungen. Die größten Schulden im Kreisgebiet werden Detmold mit mehr als 3,5 Millionen Euro, Bad Salzuffen mit 2,43 Millionen Euro und Lemgo mit 1,68 Millionen Euro aufgebürdet. In der Zukunft werden die Spielräume für die kommunalen Haushalte dadurch enger.



Beeindruckende Kinderwünsche

Landtagsabgeordnete Ellen Stock dankt Kindern fürs Mitmachen bei der Wunschstein-Aktion.

Kreis Lippe. Mehrere Kitas aus Bad Salzuffen, Lage und Leopoldshöhe hatten sich an der Wunschsteinaktion des Landtags beteiligt, zu dem die Abgeordnete Ellen Stock aufgerufen hatte. „Die Resonanz war super“, freute sich Stock, die die Steine in den Kindergärten abgeholt und mit nach Düsseldorf genommen hatte.

Mehr als 5000 bunt verzierte und mit Wünschen von Kindern aus ganz NRW sind nun dort am Landtagsgebäude am Rhein zu sehen – auch die aus Lippe. „Dort bleiben sie erst einmal liegen, bis

sie zu einem großen Kunstwerk verarbeitet werden“, berichtete Stock den Kitakindern, bei denen sie sich für ihr Mitmachen bedankt und einige Präsente vorbeigebracht hatte.

„Ich bin beeindruckt von den Wünschen der Kinder“, sagt Stock. Denn dort drauf standen weniger materielle, sondern eher vermeintlich einfache Dinge wie „Zeit haben“ oder „mit Mama und Papa spielen“ oder „fröhlich sein“. „Das gibt einem schon zu denken“, sagt Ellen Stock.

Einsatz für Streuobstwiese

Der SPD-Ortsverein Eichholz-Remmighausen und die Freie Waldorfschule pflegen die Streuobstwiese nahe dem einstigen Falkenkrug seit vielen Jahren mit Herz und Verstand

Die Stadtwerke Detmold hat das Areal im Jahr 2000 der SPD Eichholz-Remmighausen für 25 Jahre zur naturnahen Nutzung unentgeltlich überlassen. Der Ortsverein bewirtschaftet seitdem die Streuobstwiese und nutzt die Fläche zur steten Steigerung der nachhaltigen Lebensqualität und für familienfreundliche Feste in Spork-Eichholz. Der Ortsbürgermeister

Klaus Brand (SPD) hatte damals die Obstbäume noch eigenhändig mit eingepflanzt, Ratsherr Andreas Schmidt organisiert jedes Jahr auf der Wiese das beliebte „Streuobstfest“.

Die Freie Waldorfschule Lippe-Detmold vermittelt bewusst Erlebnisse in der Natur, versteht sie sich doch als integrativen Teil dessen. So wird ein Beitrag zur Artenvielfalt geleistet.

Schüler*innen aller Altersstufen erlangen durch die eigenen Aktivitäten ein Bewusstsein für das Ökosystem und den Funktionsweisen unserer natürlichen Lebensräume. Und so wurde das einzigartige Projekt der Zusammenarbeit dreier Partner*innen Wirklichkeit: Der SPD-Ortsverein übergibt die Streuobstwiese für Unterrichtszwecke der Waldorfschule. Die Stadtwerke unterstützen das Vorhaben, indem sie Erlöse aus dem Hermann-Enten-Verkauf wiederum für den Erhalt des von Menschenhand gestalteten Biotops einsetzen.

Didaktisch eignet sich der Einsatz für die Streuobstwiese hervorragend: in der Schule werden von den Schüler*innen Baumsetzlinge gezogen, die alsdann im Rahmen von Exkursionen auf der Streuobstwiese eingepflanzt werden.

Auch in diesem Jahr erhält die

Streuobstwiese einen „frischen Schnitt“ und neue Bäume. Mit dem jährlichen, fachgerecht ausgeführten Baumschnitt zum Aufbau eines langfristigen Kronengerüsts und dem Anpflanzen der Baumsetzlinge setzen die beteiligten Akteure ein deutliches Zeichen für gelebten Klimaschutz in Detmold.

Rechtzeitig vor dem Austrieb der Obstbäume wurde daher eine gemeinsame Aktion aller drei Partner*innen organisiert und erfolgreich durchgeführt: Anita Hentze, Gartenbaulehrerin der Freien Waldorfschule Lippe-Detmold, konnte neben mehreren Schüler*innen auch Tobias Focheler (Gartenbaumeister) für Rat und Tat gewinnen. Der gelernte Gartenbauer brachte wiederum neben seinem Team einen riesigen Häcksler mit.



SPD will mehr Polizei für Lippe

Intensiveres Vorgehen gegen Kriminalität ist Thema im Landtag.

Kreis Lippe. Zum zweiten Mal innerhalb von nur 1,5 Jahren haben Diebe einen Geldautomaten in Oerlinghausen gesprengt. Die Bekämpfung genau dieser in NRW immer erfolgreicherer Masche hat die SPD jetzt zum Thema im Landtag gemacht. „Unsere Forderung ist klar: mehr Personal und eine bessere Ausstattung für die Polizei“, erklären die SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Dennis Maelzer und Jürgen Berghahn.

Die Zahl der Geldautomatensprengungen hat im Jahr 2020 laut Landesregierung ein neues Rekordhoch von 176 Taten erreicht. Die Schäden gehen in die Millionen, berichtet Stock. Zurückbleiben nicht nur teils komplett zerstörte Räume und Gebäude, sondern auch verängstigte Anwohner. „Die Gefahr für

die Bevölkerung ist immens“, sagt Berghahn. „Die Diebe gehen leider immer skrupelloser vor“, erklärt Maelzer.

Um den Diebesbanden das Handwerk zu legen, fordert die SPD unter anderem eine bessere personelle und technische Ausstattung der Polizei. Dass sie insgesamt Verstärkung benötigt, ist auch das Ergebnis einer Großen Anfrage der SPD zur Lage der Polizei und der inneren Sicherheit in NRW. „Die Personalstärke der Polizei ist insbesondere in Lippe immer wieder ein großes Thema, da der Kreis die geringste Anzahl an Beamten in ganz NRW aufweist. Wir fordern die Verdoppelung der Zahl der Bezirksbeamten und damit mehr Zuweisungen für Lippe“, machen Stock, Maelzer und Berghahn klar.

Ja zur Begatalbahn – Nein zur neuen ICE-Trasse

Der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Berghahn will die Mobilität vor Ort stärken, um die Verkehrswende voranzutreiben.

Kreis Lippe. Der geplante Neubau der ICE-Trasse Bielefeld/Hannover, die auch durch Lippe führen soll, erhitzt die Gemüter. In der Region formiert sich Widerstand. Auch der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Berghahn steht einer milliardenschweren Neubaustrecke skeptisch gegenüber.

Zankapfel ist das Vorhaben der Deutschen Bahn, die ICE-Trasse zwischen Bielefeld und Hannover komplett neu zu bauen und damit 31 Minuten an Zeit einsparen zu können. Anlieger und Betroffene befürchten dadurch aber große Auswirkungen auf die Umwelt sowie eine neue Bahntrasse, die sich wie ein Schnitt durch die Landschaft zieht. „Für mich steht fest: Verkehrswende ja – aber nicht auf Kosten der Umwelt und

der Menschen in Bad Salzuffen und Kalletal“, macht Jürgen Berghahn klar.

Der Landtagsabgeordnete und Bundestagskandidat für den Wahlkreis Lippe I gehört auch dem sogenannten Bahnplenum an. Um Konflikte zu erörtern und um Lösungen auszuloten, wurde dieses gegründet. Von der DB sind 5 Trassenvarianten vorgestellt worden. Durch den Druck aus der Region wird jetzt noch eine trassennahe Variante mit einbezogen. Sollte die DB und das Planungsbüro an dem „Deutschlandtakt“ und dem Ziel, eine Zeiteinsparung von 31 Minuten zu erreichen, festhalten, wird es massive Eingriffe in das Landschaftsbild Lippes geben.

„Generell befürworte ich den

Ausbau des Schienenverkehrs. Doch anstatt eine milliardenteure ICE-Trassen zwischen Bielefeld und Hannover neu zu bauen, sollte man lieber die Bestandsstrasse ausbauen und ertüchtigen. Regionale Verkehrsprojekte und somit die Mobilität auf dem Land fördern“, sagt Berghahn. Dazu zählt beispielsweise die Reaktivierung der Begatalbahn zwischen Barntrup und Lemgo, für die sich Berghahn seit Jahren stark macht und die Ertüchtigung der bestehenden Regionalstrecken. Derzeit läuft eine Voruntersuchung, unter welchen Bedingungen die Strecke der Begatalbahn wiederbelebt werden kann. Das Ergebnis könnte im Sommer vorliegen. „Die ersten Signale sind positiv“, sagt Berghahn.



Flaute für die Windkraft

Jürgen Berghahn kritisiert den geplanten 1000-Meter-Mindestabstand beim Ausbau der Windenergie.



Kreis Lippe. Die Landesregierung plant ein Gesetz, mit dem beim Neubau von Windrädern ein Mindestabstand von 1.000 Metern zu Wohnhäusern festgeschrieben werden soll. Welche Auswirkungen das auf die Planungen sowie die Erneuerung – das sogenannte Repowering – von Windkraftanlagen in Lippe hätte, wollte der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Berghahn in einer Kleinen Anfrage von der Landesregierung wissen. „Die Antwort ist ernüchternd“, erklärt Berghahn.

Anstatt auf konkrete Planungen in Lippe einzugehen, verwies die Landesregierung in ihrer

Antwort lediglich auf die Überarbeitung der Potenzialstudie Windenergie aus dem Jahre 2012, die derzeit durchgeführt werde.

„Mit keinem Wort wird auf mögliche Folgen eingegangen. Bei mir verfestigt sich daher der Eindruck, dass mit der 1000-Meter-Abstandsregel die Windkraft weiter beschnitten werden soll anstatt für einen notwendigen Ausbau zu sorgen, bei dem die verschiedenen Interessen wie Naturschutz, Energieausbau und die der Anwohner und Anlieger berücksichtigt werden“, ärgert sich Berghahn. Auch in Lippe sei die Verunsicherung groß, was der Mindestabstand für laufende

Flächenplanung für Windenergie, den Neubau und das Repowering von Windrädern bedeuten könnte.

In Lippe geht etwa bis 2025 bei 53 Windrädern die technische Lebensdauer von 20 Jahren zu Ende, sodass ein Repowering nötig wird. „Hier wird ein Gesetz auf den Weg gebracht, ohne die Auswirkungen zu kennen“, kritisiert Berghahn. „Ich lehne die Abstandsregel der Landesregierung ab. Stattdessen schlagen wir einen Flächendeckel vor, um den Windkraftausbau dort zu begrenzen, wo der Ausbau bereits weit fortgeschritten ist“, sagt Berghahn.

Mit über 500 Millionen in die Zukunft Lippes

Der Kreistag beschließt Haushalt mit Investitionen im Bereich Mobilität, Digitales, Gesundheit und kommunalen Klimaschutz. Die SPD hat aktiv mitgestaltet.

Nach der Kommunalwahl schauten viele auf das Kreishaus. Würde der neue Kreistag die notwendigen Beschlüsse für die Weiterentwicklung Lippes hinbekommen? Werden die wichtigsten Zukunftsfragen angegangen? Die Antworten musste der Haushalt für dieses Jahr geben. Der Kreishaushalt ist verabschiedet und stellt die Grundlage dar, dass der Kreis Lippe sich den Herausforderungen stellen kann. Das ist ein guter Anfang.

„Lassen Sie uns jetzt die Zeit nutzen, Lippe für die Zeit nach Corona zukunftsfähig aufzustellen. Lassen Sie uns gemeinsam die Themen des Zukunftskonzeptes Lippe 2025 voranbringen. Lassen Sie uns gemeinsam Aufgaben im Bereich Mobilität, Digitalisierung, Gesundheit, Klima- und Artenschutz, Arbeit, Bildung und Kinderschutz anpacken“, sagte Lippes Landrat Axel Lehmann am Ende seiner Haushaltsrede, für die er viel Applaus bekam.

Die Kreistagsmitglieder von SPD und Grünen haben in den

letzten Wochen in intensiven Beratungen – natürlich immer und den Corona-Schutzregeln weitere Ideen und Initiativen eingebracht. Eine davon ist die Entwicklung einer kreisweiten Sozialraumplanung. „Wir wollen mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort rechtzeitig darüber beraten, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um auf Veränderungen vorbereitet zu sein. Das können Maßnahmen für ältere Menschen, für vorschulische Bildung, aber auch für Freizeitgestaltung sein“, erklärt die Vorsitzende des Sozialausschusses, Marianne Rautenberg (SPD).

Aber auch die gesundheitliche Versorgung steht im Mittelpunkt. „Wir investieren weiterhin in Personal, bauliche Substanz und medizinische Ausstattung, um Vorreiter für die Gesundheitsregion Lippe zu sein. Durch die Medizinische Fakultät und eine neue Pflegeschule ist es Ziel, viele neue Mediziner und qualifizierte Pflegekräfte an die Region zu binden“, betont Landrat Lehmann.

Auch die Anstrengungen für

einen kommunalen Klimaschutz finden sich in dem Zahlenwerk wieder. Die Klimaerlebniswelt Oerlinghausen wird als bundesweit erste erlebnispädagogische Einrichtung zu diesem Thema geplant. Mit dem Ziel, die drängenden Fragen der Anpassung an den Klimawandel aufzuzeigen und zu beantworten. Denn Hitze oder Dürre stellen Natur, Wohnen und Gesundheit vor große Herausforderungen. Das Projekt macht den Klimawandel hautnah erfahrbar und stellt Strategien vor, um darauf zu reagieren.

„Der Öffentliche Personennahverkehr ist durch Corona stark gebeutelt. Wir wollen aber auch weiterhin einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr haben. Dieser muss bezahlbar und attraktiv sein. Ferner wollen wir in Lippe weniger Treibhausgase produzieren“, erklärt der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Henning Welslau, abschließen

Kinder sollen mitbestimmen

Landtagsabgeordneter Dennis Maelzer will eine Strategie, um Familien eine Perspektive aus der Corona-Krise zu ermöglichen.



Kreis Lippe. Geschlossene oder nur eingeschränkt geöffnete Kitas, keine Sport-, Jugend- oder Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche oder durch Homeoffice, Betreuung und Homeschooling gestresste Eltern: Was Familien seit einem Jahr in der Corona-Krise abverlangt wur-

de und wird, ist immens. Und trotzdem hat die Landesregierung immer noch keinen blassen Schimmer davon, wie sie jungen Menschen und Eltern eine Perspektive aus der Krise aufzeigen kann. „Höchste Zeit, dass sich das ändert“, sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer.

„Für die Unterstützung von Familien ist in der Pandemie bislang zu wenig getan worden“, stellt Maelzer fest, der zugleich familienpolitischer Sprecher seiner Fraktion ist. Konkret fordert die SPD in einem Antrag, dass bei weiteren Öffnungsschritten die Angebote für Kinder und Jugendliche ganz oben auf der Liste stehen müssen. „Dabei geht es vor allem um außerschulische Angebote etwa im Verein oder in Jugendzentren“, erklärt Maelzer. Aus Mitteln des Corona-Rettungsschirms sollten nach der Pandemie Angebote der Familienbildung sowie ein Jahr die Mitgliedschaft in einem Sportverein finanziert werden.

Ein weiterer, sehr wichtiger Aspekt ist die Meinung der Kinder und Jugendlichen: „Wir wollen ihnen eine Stimme geben, das ist bisher nicht geschehen“, sagt Maelzer. Deshalb fordert die SPD,

einen Kinder- und Jugendgipfel einzuberufen.

Für wichtig hält er auch, dass Kinder und Jugendliche in die Teststrategie mit einbezogen werden. „Bisher lehnt das Land NRW das ab. Dabei gibt es kindgerechte Möglichkeiten wie den Spucktests“, sagt der Familienexperte aus Detmold.

„Familien brauchen Unterstützung und Entlastung – und deshalb müssen ihnen während der Pandemie auch die Gebühren für OGS und Kitas erlassen und vom Land übernommen werden“, stellt Maelzer klar. Bisher weigert sich das Land immer wieder, die Kosten dafür trotz eingeschränkter Betriebs zu übernehmen.

Corona-Krise: Gesundheitsamt Lippe setzt auf eigene Software

Ellen Stock lobt bei einem Besuch die vielschichtige Arbeit des 300-köpfigen Teams

Kreis Lippe. Die Erfassung von positiven Corona-Tests, die komplizierte Kontaktnachverfolgung, die Koordination von Quarantänemaßnahmen oder die Information der Bürger*innen: Das Gesundheitsamt des Kreises Lippe übernimmt in der Pandemie wichtige und vielschichtige Aufgaben. „Was hier seit einem Jahr geleistet wird, ist bemerkenswert“, sagt die SPD-Landtagsabgeordnete Ellen Stock.

Bei einem Besuch durfte sie dem in der Corona-Krise auf 300 Köpfe angewachsenen Team über die Schulter schauen. Bei der Bewältigung der Coronakrise hat der Kreis Lippe frühzeitig auf digitale Technik gesetzt und im eigenen Haus eine Software

entwickeln lassen. „Die ist eine große Hilfe, das wurde bei meinem Besuch immer wieder betont. Und deshalb möchten sie das bewährte Programm zurzeit auch nicht durch die „Sormas“-Software ersetzen, die das Land den Gesundheitsämtern in NRW an die Hand geben will“, erklärt die Abgeordnete. Stattdessen befürwortet das Team eine vom Land zu schaffende Schnittstelle, um Daten schneller austauschen zu können. Ob das möglich ist und wie es um die Einführung von „Sormas“ in NRW steht, wollen Stock und ihre Kollegen Jürgen Berghahn und Dennis Maelzer in einer Kleinen Anfrage von der Regierung wissen. Die Antwort steht noch aus.

Antrag für neuartige Photovoltaikanlagen

Die SPD-Fraktion beantragt den Einsatz von Photovoltaikanlagen, sogenannte Solarcarports, auf Parkplätzen zu prüfen.

Ein Pilotprojekt könnte auf dem Parkplatz „Kuhkamp“ am Rande der Innenstadt realisiert werden. Um die Zielsetzung einer langfristigen Klimaneutralität zu erreichen, bietet die Stromerzeugung durch Photovoltaik eine gute Möglichkeit der CO₂-Reduzierung.

„Detmold kann so einen bedeutenden Anteil am Ausbau der regenerativen Energien leisten. Dies kann ein Bestandteil eines neuen Klimapaktes zwischen der Stadt und den Stadtwerken

Detmold sein“, so der Fraktionsvorsitzende Rainer Friedrich.

Die SPD-Fraktion hatte bereits im Juni 2019 ein Positionspapier zur nachhaltigen Stadtentwicklung in den Rat eingebracht. Schon dort wird der Bau von Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung genannt. Dieser Antrag kann damit ein konkreter Beitrag zur Umsetzung der Strategie Detmold als „Global Nachhaltige Kommune“ sein.

Dabei haben sich die Sozialdemokraten an bereits bestehen-

den Beispielen orientiert: „Auf dem Parkplatz des Flughafens Weeze sind bereits Solardächer auf Carports verbaut. Auch in Detmold können auf diese Weise große versiegelte Flächen dem Ziel der Nachhaltigkeit dienen“, so Friedrich. Zur Finanzierung soll auch die Inanspruchnahme von möglichen Fördergeldern geprüft werden.



Nah am Ohr unser Bürger*innen

Detmolds Ortsbürgermeister*innen sind die Ansprechpartner*innen, sie engagieren sich um Ihre Belange in Ihrem Ortsteil



Erhard Friesenhan ist neuer Ortsbürgermeister in Detmold-Nord. Er ist Ihr Ansprechpartner vor Ort.

Marjenne Wilkening hat immer ein offenes Ohr für die Menschen in ihrem Ortsteil. Sie ist die neue Ortsbürgermeisterin in Remmighausen.



Fragen, Kritik oder Ideen? Detmolds Ortsbürgermeister*innen nehmen die Belange ihres Ortsteiles gegenüber dem Rat wahr. Sie sind nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, Wünsche, Anregungen und Beschwerden aus dem Ortsteil aufzugreifen und an den Rat bzw. an den zuständigen Fachausschuss weiterzuleiten. Vieles kann manchmal schon im persönlichen Gespräch erledigt werden, manchmal reicht auch der Griff zum Telefonhörer. Bei repräsentativen Terminen vertreten die Ortsbürgermeister*innen den Bürger-

meister vor Ort, zum Beispiel bei den Altersjubiläen, wie den 80., 85. oder 90.Geburtstag. Dank des Antrages der SPD-Ratsfraktion im Jahre 2008 bekommt jeder Ortsteil entsprechend seiner Einwohnerzahl ein Budget zur Förderung des sozialen Lebens der Dorfgemeinschaft.

Die Ortsbürgermeister*innen können diese Mittel unbürokratisch verteilen und viele Projekte werden seitdem gefördert. Nach den Kommunalwahlen im September letzten Jahres wurden einige neue Ortsbürgermeister*innen vom Rat der Stadt er-

nannt, andere sind schon länger in ihrer Funktion eng verbunden mit ihren Ortsteilen.

Alleine 15 Ortsbürgermeister*innen der SPD engagieren sich stets mit einem offenen Ohr für die Anliegen der Bürger*innen in ihren Dorfgemeinschaften. Das bleibt nicht immer ohne Einschränkungen im Privatleben oder Freizeitgestaltung. Doch ein dankbares Lächeln, zum Beispiel im Rahmen einer Gratulation oder ein erfolgreich realisiertes Projekt für den Ortsteil entschädigt für den Aufwand und die Mühen.

Wohnungsgenossenschaften: Gute Wohnungen für viele

Erfahrungen gewinnen: die von der SPD-Fraktion Detmold favorisierte Wohnform entwickelt sich zum Erfolgsmodell.

Mitte 2019 wurde die Wohnungsgenossenschaft Britensiedlung gegründet. 44 Wohneinheiten wurden in der ehemaligen Soldatensiedlung (Immelmannstraße/Frieda-Nadig-Weg) für neuen, stadtnahen Wohnraum saniert und modernisiert. Eine private Entwicklungsgesellschaft führte die Arbeiten mit Hilfe einheimischer Handwerker in atemberaubender Geschwindigkeit fachgerecht durch. Auch ein Spielplatz entstand. Bereits seit November 2020 sind alle Häuser belegt und rasch bildete sich eine Warteliste weiterer Interessenten.

Diese ermutigenden Erfahrungen und der offenkundige Bedarf beflügelten den Rat in Detmold zur Gründung einer zweiten Genossenschaft: der Kommunalen Wohnungsgenossenschaft Breitefeld (Blücherstraße/Siegfriedstraße). Ein zuvor eingeholtes Gutachten zeigte den Bedarf an Einfamilienhäusern für junge Familien und an Wohnungen für Singles oder für zwei Personen auf.

Beide Wohnungsgenossenschaften verfolgen konsequent

das Ziel, bezahlbaren Wohnraum für viele Menschen zur Verfügung zu stellen. Hierbei wurde bewusst jeweils ein räumlich begrenztes Gebiet gewählt, damit unter den Bewohner*innen ein „Wir-Gefühl“ entsteht. Dazu tragen auch die Mitbestimmungsrechte der Bewohner*innen bei – hier können und sollen die Mieter*innen ihr Wohnumfeld mitgestalten.

Eine gute, Zusammenhalt bietende Nachbarschaft entsteht nicht zwangsläufig und ist insbesondere dann von der Kommune positiv mitzugestalten, wenn in einen Stadtteil innerhalb kürzester Zeit viele neue Bewohner*innen einziehen und Nachbarn werden. Für die soziale Entwicklung des neuen Stadtteils Britensiedlung sind daher noch vielfältige Maßnahmen vorgesehen.

Zu den geplanten Projekten gehört explizit der Bau einer Kindertagesstätte in der unmittelbaren Umgebung (geplante Fertigstellung am 01.08.2021). Fünf Sozialwohnungen im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnraums entstehen direkt über der KiTa,

insgesamt werden in dem Gebiet neunzehn Sozialwohnungen entstehen.

Zentraler Baustein im Zusammenhang mit der sozialen Entwicklung ist die Entstehung eines Nachbarschaftszentrums als Ort der Begegnung für die Anwohner*innen.

Darüber hinaus wird ein sogenanntes „Quartiersmanagement“ etabliert, welches an aller erster Stelle die Aufgabe hat, Kontakte in den Nachbarschaften anzubahnen und nachhaltig zu fördern – das wird den sozialen Zusammenhalt der alten und neuen Bewohner*innen verstärken.

Zukunftsweisend bezüglich des Klimaschutzes ist das Verkehrskonzept: der Autoverkehr wird von Beginn an stark reduziert, er wird weitestgehend aus dem Stadtteil herausgehalten. Ladestationen für E-Autos und E-Bikes mit einer sehr guten Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und viel Platz für Fahrräder und Fußgänger*innen sind flankierende Maßnahmen, die das Ziel Klimaschutz sichern.

Förderung & Entlastung für Familien

Familien gehören zu den besonders Betroffenen der Pandemie. Diese Gemeinschaft wollen wir gezielt fördern.

Für den größten Teil des Monats Februar waren Eltern aufgerufen, ihre Kinder nicht in die Einrichtungen zu schicken. Viele Detmolder Familien waren dem Appell gefolgt und haben die Betreuung deswegen umorganisieren müssen. „Gerade berufstätige Eltern wurden dadurch vor besondere Herausforderungen gestellt“, erkennt Rats Herr Kai Kottmann diese außerordentliche Leistung an. Daher sei es für die SPD eine Selbstverständlichkeit gewesen, die Elternbeiträge für den Monat Februar auszusetzen. Der entsprechende Antrag der SPD Fraktion, wurde im Haupt- und Finanzausschuss

einstimmig angenommen!

Außerdem freuen sich die Sozialdemokrat*innen über die Eröffnung des neuen Familienbüros in der Schülerstraße. Hier erhalten Familien Unterstützung durch Beratung und Information.

Familienfreundlichkeit nimmt in der SPD weiterhin einen zentralen Stellenwert ein. Dazu zählt auch der Einsatz für flexiblere Öffnungszeiten in der Kinderbetreuung. Ein Mehr an Mitbestimmung soll die Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken. So erfahren die jungen Menschen früh Demokratie und können diese mitgestalten.

Artenvielfalt kreativ fördern

Durch Artenvielfalt die Nachhaltigkeit zu sichern, ist das Ziel eines Antrags der SPD Ratsfraktion Detmold.

Unter anderem soll das Programm zur Abgabe des „Baums des Jahres“ ausgeweitet werden. Hier streben wir Sozialdemokrat*innen die finanzielle Aufstockung von 6.000 € auf 10.000 € an. Somit können zukünftig mehr Bürger*innen kostenlos einen Baum von der Stadt zum Pflanzen bekommen.

Wir wollen einen attraktiven Anreiz und Unterstützung zur Umwandlung bestehender Stein- und Schottergärten geben: Bürger*innen, die ihren Steingarten wieder in einen Grüngarten zurückverwandeln, erhalten einen Zuschuss. Ein Betrag von bis zu 500 Euro ist

für die ersten zwanzig Bewerber*innen vorgesehen. „Mit der Förderung setzen wir auf Einsicht, Vernunft und aktive Mitwirkung der Bürger*innen“, so SPD Fraktionsvorsitzende Rainer Friedrich. Zudem wünschen wir uns, dass Saatgut für Blühwiesen kostenfrei ausgegeben und die Aufstellung von „Bienenhotels“ gefördert wird. Insgesamt wollen wir den Bestand an Pflanzen und Bäumen in der Stadt erhöhen. Das ist nicht nur gut fürs Klima, das verbessert auch unser Stadtbild.

Detmold gestaltet Fußgängerzone neu

Die Planungen für die runderneute Innenstadt sind veröffentlicht – den Besucher*innen wird eine Wohlfühl-Zone angeboten.

Die Entwurfsplanung für den Bereich „Lange Straße“ verabschiedete der zuständige Ausschuss am 2. März 2021. Zuvor wurden die Mitglieder des Ausschusses seitens des Architektenbüros über den aktuellen Stand informiert. Bei deren Planung wurde viel Wert auf die zusätzliche Begrünung (der Baumbestand wird nahezu verdoppelt), ausreichend Sitzflächen und auf zum Verweilen einladende Wasserspiele, wie z.B. den Detmolder Sitzbrunnen, gelegt. Die Planer betonten, dass die stattgefundene Bürgerbeteiligung nahezu vollständig umgesetzt werden konnte. So wird es neben der Familienfreundlichkeit durch

Spielgeräte auch ein neuartiges Blindenleitsystem geben.

Zwischen 2022 und 2025 wird fleißig umgestaltet. Zunächst geht's vom Marktplatz zur Exterstraße und dann weiter zum Hornschen Tor. Abschließend vom Marktplatz bis zum Rosental. Die Kosten betragen ca. 6,9 Mio €, wobei Detmold allein für den ersten Bauabschnitt fast 1 Mio. Euro Fördermittel erhält.



Herausgeber: SPD Stadtverband Detmold
Paulinenstraße 39, 32756 Detmold
Verantwortlich: Ilka Rottmann, Vorsitzende
Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH
Curt-Frenzel-Straße 2, 86167 Augsburg

